

Von: <registratur@gs-uvek.admin.ch>
Betreff: AW: Engagement der Schweiz bezüglich Atommüll im Meer
Datum: 8. August 2016 12:16:54 MESZ
An: <international@fair-fish.net>

Sehr geehrter Herr Studer

Ich nehme Bezug auf Ihre Anfrage zum Engagement der Schweiz bezüglich Atommüll im Meer. Die Schweiz legt, obwohl es ein Binnenland ist, grossen Wert auf den Schutz der Weltmeere. Die Schweiz hat im Rahmen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) sämtliche wichtigen Übereinkommen zum Schutz der Meere ratifiziert. Sie unterstützt auf multilateralem Weg Bestrebungen zum besseren Schutz der Umwelt auf der Hochsee, unter anderem als Mitglied des Umweltprogramms der UNO UNEP sowie als Vertragspartei des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen UNCLOS und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt CBD.

Die Schweiz ist Vertragspartei der London Dumping Convention (Convention on the Prevention of Marine Pollution by Dumping of Wastes and Other Matter) und hat als einer der ersten Staaten im Jahre 2000 das London Protocol, das die London Convention letztendlich ersetzen soll, genehmigt. Das London Protocol verbietet nicht nur die Entsorgung von radioaktivem Abfall auf, sondern auch im Meeresboden und im tieferen Meeresuntergrund.

Zwischen 1969 und 1982 versenkte die Schweiz 5341 Tonnen schwach- und mittelaktive Abfälle an drei Standorten im Atlantik. Die versenkten Fässer lagern in einer durchschnittlichen Tiefe von 4 400 m. Die Standorte sind mindestens 700 km von den Küsten entfernt. Während mehreren Jahren wurde ein internationales Überwachungsprogramm mit Schweizer Beteiligung durchgeführt. Dieses zeigte, dass die Versenkungen zu keinen unzulässigen Strahlenbelastungen geführt haben. Angesichts dieser Tatsache lässt sich eine Bergung der Abfälle nicht rechtfertigen. Aufgrund der Ergebnisse des Überwachungsprogramms sah das zuständige internationale Gremium keinen radiologischen Grund für eine permanente Überwachung der verklappten Fässer in der Tiefsee.

Die Thematik wird dennoch von verschiedenen Stellen in der Bundesverwaltung (Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat, Bundesamt für Energie, Schweizerisches Seeschiffahrtsamt und Bundesamt für Umwelt) aufmerksam verfolgt.

Freundliche Grüsse

Doris Leuthard
Bundesrätin